



CDU

Ihr Kurier des Ortsverbandes Langenhagen! im Februar 2008, Ausgabe 100

Liebe Mitglieder!

Die vorliegende 100. Ausgabe des Kurier gibt mir Anlass, unserem Ehrenvorsitzenden, Joachim Weber, zu danken, dass er dieses Blatt initiiert und jahrelang betreut hat. Das ist eine große Leistung, auf der wir jetzt aufbauen können. An dieser Stelle darf ich alle Mitglieder ausdrücklich darauf hinweisen, dass eigene Artikel immer willkommen sind. Wer etwas zur Langenhagener oder sonstigen Politik beitragen möchte, kann sich mit der Redaktion jederzeit in Verbindung setzen. Der Kurier soll ein offenes Forum darstellen.

Kaum ist die Niedersachsenwahl bestanden, werden wir uns im nächsten Jahr gleich in zwei Wahlkämpfen zu engagieren haben: die Europawahl und natürlich die Bundestagswahl stehen an. Vor allem bei der Letztgenannten kann man sich nur wünschen, dass diesmal klare Verhältnisse im Sinne von "Schwarz-Gelb" erreicht werden. Dies gilt zumal deshalb, weil die SPD gerade eine bedenkliche Tendenz zu linkem Populismus zeigt. CDU und SPD waren sich bei Schröders Abgang näher als heute. Und Deutschland war, was das Verständnis für den Zusammenhang von Erwirtschaften und Verteilen betraf, auch schon weiter. Finanzielle Exzesse unterschiedlichster Art in den Chefetagen machen die Vermittlung der sozialen Marktwirtschaft (heute gern wieder als "Kapitalismus" verkürzt) natürlich nicht gerade leichter.

Niemand sollte wegen der Linkspartei in Schreckstarre verfallen. Aber klar sein sollte, dass zurzeit viel auf dem Spiel steht, nicht nur im Osten, wo sie sich nach einer aktuellen Umfrage gerade als stärkste Partei positioniert hat. Auch wenn unsererseits erheblicher Widerwillen dagegen herrschen dürfte, sich mit dem bunten Haufen aus DDR-Kommunisten, westdeutschen Alt- und Neomarxisten, Hartz-IV-Protestlern etc. auseinanderzusetzen, werden wohl auch wir nicht darum herumkommen. Nicht nur die SPD, die mit ihrer Abkehr von der Agenda 2010 und ihrer Gerechtigkeitsrhetorik einiges davon, was wir jetzt haben, ausgelöst hat, wird hier einiges zu tun haben, auch wir.

Ihr Eckart Jakob

Terminhinweise

Do., 13.03.: Stammtisch im Eichenkrug, 20:00 Uhr

Do., 10.04.: Stammtisch im Eichenkrug, 20:00 Uhr

Herzliche Glückwünsche!

Als im Juli 1997 der erste Kurier als Informationsblatt des CDU-Ortsverbandes Langenhagen erschien, waren viele Mitglieder froh, aktuell über die Geschehnisse im Ortsverband informiert zu werden.

Es gab aber auch Mitglieder, die bezweifelten, dass sich der Kurier zu einer dauerhaften Institution entwickeln würde. Die Skeptiker haben sich geirrt: Seit nunmehr zehneinhalb Jahren erscheint der Kurier regelmäßig und ist aus dem Ortsverband nicht mehr wegzudenken. **Grund genug, um dem Begründer des Kuriers, Herrn Joachim Weber, zu danken und zu der 100. Ausgabe des Kuriers zu beglückwünschen.**

Der Dank gilt auch dem Redaktionsteam für die geleistete Arbeit.

Hans Bonnet

Nummer 100

In der ersten Vorstandssitzung der leider nur kurzen Amtszeit von Herrn Bonnet wurde die monatliche Herausgabe eines Info-Blattes beschlossen, das zugleich den Mitgliedern des Ortsverbandes ein Diskussionsforum anbieten sollte. Die ersten Ausgaben waren einfache Mitteilungsblätter ohne besonderes Gesicht. Sie wurden auf der Schreibmaschine geschrieben und zur Vervielfältigung und zum Versand in die Kreisgeschäftsstelle gebracht. Herr Kanzler meinte, es würde dem Blatt noch ein profimäßiges Outfit fehlen. Er vermittelte, dass die Sekretärin unseres OV-Mitgliedes Schaper, Frau Nordmann, künftig die Ausgaben schrieb. Frau Nordmann schlug vor, das Blatt wie eine Zeitung zweiseitig aufzumachen, und für den Kopf wurde der Langenhagener Löwe und das Niedersachsenross ausgewählt. Für den Löwen holten wir die Genehmigung der Stadt ein, beim Schimmel verzichteten wir darauf; denn der war es ohnehin gewohnt, ungefragt vorgeführt zu werden. Später verfügte der „Redakteur“ über einen Computer und schrieb dann die weiteren Ausgaben selbst. Schließlich erlangte er einen Anschluss ans Internet, und der mtl. Weg zur Kreisgeschäftsstelle entfiel. Gelesen wurde der KURIER offenbar; denn wenn er sich verspätete oder sich die „Redaktion“ im Urlaub befand wurde nach ihm gefragt, und andere Ortsverbände erkundigten sich, ob wir etwas gegen eine Nachahmung einzuwenden hätten. *b.w.*

Weniger in Anspruch genommen als erhofft war bisher das Forum zum Gedankenaustausch. Aber dennoch wurde noch immer eine schöne Reihe zum Teil auch anspruchsvoller Beiträge geliefert, für die wir dankbar sind. Dieses Forum soll schließlich auch diejenigen ermutigen sich zu äußern und am Leben des OV teilzunehmen, die an den Veranstaltungen unserer Partei nicht teilnehmen wollen oder können.

Die Nummern 88 bis 97 redigierte alleinverantwortlich Herr Hafner, der schon vorher aktiv an der Herausgabe beteiligt war. Wir haben ihm für diese Arbeit zu danken. Zur Zeit hat Marco Zacharias (zugleich stellvertretender Vorsitzender der des Ortsverbandes) diese Arbeit übernommen. Wir wünschen ihm viel Glück bei dieser nicht immer leichten Aufgabe.

Dasselbe wünschen wir uns aber auch selber in der Hoffnung, dass es den KURIER noch lange geben wird, auch wenn er wegen Arbeitsaufwandes in Zukunft nur noch alle zwei Monate erscheinen soll.

Joachim Weber

Wehrdienst und Wahrnehmung sozialer Erfordernisse sind Aufgabe aller Frauen und Männer zum Wohle der Bundesrepublik und ihrer Bürger. Gleichzeitig bliebe die Wehrpflicht mit all ihren Begründungen erhalten und auch den gänzlich unabsehbaren Sicherheitsbedrohungen dieser Zeit würde Rechnung getragen. Der SPD-Parteitagbeschluss einer „Freiwilligen-Wehrpflicht nach Bedarf“ ist ein Widerspruch in sich und an Absurdität kaum zu überbieten.

Es kann derzeit nur darum gehen, innerhalb und außerhalb der CDU eine Debatte anzustoßen, wenn anders nicht ihre bisherige Meinungsführerschaft in Gefahr geraten soll. Dies allerdings halten die Initiatoren für unausweichlich. Immerhin sollte dem rücksichtslosen Durchsetzen von egoistischen Einzel- bzw. partikularen Gruppeninteressen entgegen gewirkt werden. Und im übrigen haben bei allem notwendigen Beharren auf der Wehrpflicht seit 1989/90 historisch einmalige Ereignisse stattgefunden, die zwingend eine Neujustierung notwendig machen.

In der Euphorie der Wende 1989/90 war das „Ende der Geschichte“ in aller Munde (Francis Fukuyama). Den Verzicht auf die Wehrpflicht wollte man als „Friedensdividende“ verstehen. Mittlerweile ist wieder wirklichkeitsbezogener Realitätssinn eingekehrt und man spricht mittlerweile vom „Wiederbeginn der Geschichte“ (Ralf Dahrendorf). Wie wahr.

O.-E. Schultz

Aber das kostet Geld, und wer gibt schon gern etwas für Angehörige der Randgesellschaft aus? Damit kann man keine Wähler gewinnen.

Auch ein „Abschreckungsarrest“ ist entbehrlich; denn ein Jugendlicher, der zu einer Jugendstrafe verurteilt wird, hat in der Regel schon Dauerarrest von 4 Wochen, mindestens aber Freizeitarrrest an einem oder zwei Wochenenden verbüßt. Er ist also Freiheitsentzug schon gewöhnt.

Die Mindestmaßnahmen wie z.B. Arbeitsdienste (Hilfsdienste genannt) sind zwar als Wiedergutmachungshandlung sehr nützlich, aber ihre Anzahl wird durch den Mangel an geeigneten Arbeitsstellen beschränkt. Die geeigneten Hilfsdienststellen müssen nicht nur viel soziales Engagement aufbringen, pädagogisch geeignet sein und passende Arbeit anbieten können, sondern müssen auch gegen Arbeitsunfälle versichert sein. Leider gibt es viel zu wenig Hilfsstellen und das schränkt den möglichen Maßnahmenkatalog ein. Die Jugendrichter sind also nicht zu milde, sondern sehen sich durch die Realität gehindert.

Was wirklich helfen könnte, wäre die Schaffung neuer Stellen für Jugendrichter und Jugendstaatsanwälte, um die Strafverfahren zu beschleunigen; denn eine Strafe, die nicht gleich auf dem Fuße folgt, ist eine stumpfe Waffe und kann geradezu geeignet sein, das Gegenteil zu erreichen. Aber das kostet wieder Geld. Zu überlegen ist auch, ob die Altersstufe der Heranwachsenden (18-21 Jahre) noch zeitgemäß ist, nachdem man mit 18 Jahren jetzt volljährig wird. Dennoch bestehende Reifeverzögerungen können noch immer über die §§ 20,21 StGB ausgeglichen werden (verminderte Schuldfähigkeit) – aber die Jugendämter, die an jedem Jugendverfahren beteiligt werden müssen, werden entlastet.

Nicht das Jugendstrafrecht muss verschärft werden, sondern Maßnahmen und Strafvollzug sind zu verbessern und das Jugendstrafverfahren ist zu beschleunigen.

Joachim Weber

Fortsetzung: Allgemeine Dienstpflicht (Dezember-Ausgabe)

Neben der bestehenden Wehrpflicht als spezieller Form der Allgemeinen Dienstpflicht gem. Art. 12 GG sollen gleichrangig und gleichberechtigt weitere Dienstleistungspflichten treten. Hier ist an den bisherigen Ersatzdienst zu denken, an nationales und internationales Engagement im Umweltschutz und Entwicklungsdienst, im Alten- und Pflegebereich, als Unterstützungsleistung bei Familien, Kindern, in der Aus-, Fortbildung wie Betreuung von Jugendlichen und bei Sozialen Diensten jeglicher Art.

Ist ein schärferes Jugendstrafrecht erforderlich?

Meine Erfahrungen aus 25-jähriger Tätigkeit als Jugendrichter sagen „Nein!“

Das deutsche Jugendstrafrecht gilt in der Welt als vorbildlich. Die Strafrahmen sind seinem Ziel angepasst: nämlich **Erziehungsrecht** zu sein. Eine höhere Strafdauer, etwa die Erhöhung der Höchstdauer für Jugendstrafen von 10 auf 15 Jahren bringt überhaupt nichts. Der Strafrahmen wird schon jetzt kaum einmal ausgeschöpft. Als Strafandrohung wäre diese Sanktion schon völlig untauglich. Nicht einmal die Todesstrafe schreckt bekanntlich ab. Es kann für einen Jugendlichen aber durchaus für seine Resozialisierung wichtig sein, ob man ihn nach 10 oder nach 15 Jahren in die Freiheit entlässt.

Wichtig ist allein ein geeigneter Strafvollzug, der unter Anleitung von besonders geschultem Personal die Gefangenen auf die Zukunft vorbereitet.

Folgender Brief von Dr. Martin Hohmann ging im Zuge des Landtagswahlkampfes in der CDU-Bundesgeschäftsstelle ein:

Stimmungen im Rahmen der Landtagswahl Niedersachsen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte Ihnen von Stimmen und Stimmungen berichten, die ich als Wahlhelfer am CDU-Stand zur Niedersachsenwahl auf dem Markt in Langenhagen und als Teilnehmer am CDU-Stammtisch wahrnehmen konnte. Mir ist diese Rückkopplung zum CDU-Vorstand in diesem Zusammenhang wichtig.

Bei aller Sympathie über die gelungenen Aktionen unserer Bundeskanzlerin und entsprechender Achtung vor ihr gibt es am CDU-Stammtisch auch Äußerungen des Unbehagens über manche Entscheidung: Das verschärfte Antidiskriminierungsgesetz, die Zementierung des Postmonopols durch die Mindestlohnfestlegung von 9,80 Euro, die Sondersteuer für Hochverdienende, das absolute Rauchverbot.

Die Folge- und Nebeneffekte dieser Beschlüsse wurden kritisch betrachtet. Das notwendige freie Spiel der Wirtschaftskräfte – noch dazu in einer Zeit der Hochkonjunktur – wird zunehmend einer Staatslenkung unterzogen. Natürlich befürworten die CDU-Mitglieder die Rahmenfestlegung für die soziale Marktwirtschaft durch den Gesetzgeber, aber bei „zuviel Staat“ befürchten sie unerwünschte Effekte einer DDR-Planwirtschaft.

Wenn zunehmend in immer mehr Branchen Mindestlöhne staatlich verordnet werden, kleine Branchengewerkschaften diese vorher fixieren, erstarrt das Wirtschaftssystem.

Leiharbeitsfirmen fungieren in Deutschland ja als Reservearmee im festgezurrtten Kündigungsschutz, den es so nicht in allen Ländern gibt, auf die so schnell verwiesen wird.

Von der CDU-Führung werden klare Aussagen erwartet zu pro und contra in dieser Problematik und nicht nur Angstreflexe davor, als „unsozial“ von der SPD hingestellt zu werden.

Dies wäre der Appell an den mündigen, urteilsfähigen Bürger. Dies sollte die Kanzlerin in ihrer Eigenschaft als CDU-Vorsitzende auch allgemeinverständlich tun. Es sollte dabei nicht verschwiegen werden, dass Deutschland von Rohstoff- und Energiezufuhren abhängig ist, gleichzeitig aber die Atomkraft abschaffen will und der Bau von Kohlekraftwerken durch Bevölkerungsprotest verhindert werden soll. Zumindest muss ein Bewusstsein dafür gefördert werden, dass der Erhalt unseres Wohlstandes nicht zum Null-Tarif und ohne Opfer oder Aufwendungen von allen zu haben ist.

Wenn ein Mindestlohn für sowieso schon gefährdete Branchen eingeführt wird, dann stellt sich auch die Frage nach Mindestpreisen. Das DDR-System hat gezeigt, wie dies eben nicht funktionieren kann. Ein Beispiel: Eine Nordmanntanne kostete im Weihnachtsgeschäft in Langenhagen 40,- €. Der gleiche Baum in gleicher Qualität ließ sich in Schmalkalden/Südtüringen nur für 25,- € verkaufen. Mehr gab der Markt nicht her, bei beiderseits gleichen Einkaufspreisen bei den dänischen Händlern. Mit Mindestlöhnen können also ganze Branchen dezimiert werden, die sich jetzt gerade noch so über Wasser halten, ohne Betriebskapitel anstauen zu können.

Die Meinungsäußerungen von Bürgern am CDU-Stand beziehen sich vor allem auf die Verteuerung des Lebens bei gleich bleibenden Einkünften wie Energie- und Lebenshaltungskosten.

Gewiss sei man für mehr Umweltschutz. Die zunehmenden Belastungen trägt man aber nicht mit. Wenn Verteuerung zum allgemeinen Steuerungsmittel avanciert, dann ist der Protest der Betroffenen an der Wahlurne vorprogrammiert. Populistische Heilsversprecher haben dann Konjunktur, auch wenn klar ist, dass sie ihre Versprechen nicht realisieren können.

Besorgnis wird auch darüber geäußert, dass die Schere zwischen den oberen und unteren Einkommen sich immer mehr öffnet und

immer mehr Arbeitnehmer/Rentner an den Rand des Existenzminimums gedrängt werden. Die Betroffenen befürworten dann einen Mindestlohn, sehen aber gleichzeitig auch die Gefahr, dass ihr Betrieb sie dann entlässt. Davor besteht noch größere Angst.

Es genügt nicht, wie im CDU-Programm, die Probleme auf abgeschliffene Begriffe zu bringen. Wenn die Menschen die Komplexität einzelner Probleme in verständlicher Form erläutert bekommen, sind sie eher bereit, entsprechende Belastungen mit zu tragen. Professorale Kommentare sind dazu in der Regel ungeeignet. Wenn klar ist, zwischen welchen Übeln man wählen muss, wird die Entscheidung für das jeweils geringere Übel zumindest verständlich.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Martin Hohmann

Impressum

V.i.S.d.P.: CDU-OV Langenhagen

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Joachim Weber, O.-E. Schultz, Dr. Martin Hohmann, Dr. Eckart Jakob, Marco Zacharias, Hans Bonnet

Satz u. Layout: Marco Zacharias

Gerne veröffentlichen wir Ihre Beiträge.

Mail an:

marco.zacharias@htp-tel.de

Rückblick auf die Landtagswahl

Am 27.1.2008 konnten wir uns schon recht bald nach 18:00 Uhr darüber freuen, dass die CDU gemeinsam mit der FDP erneut fünf Jahre die Möglichkeit hat, in Niedersachsen politisch den Ton anzugeben. Es wurde eine ausreichende Mehrheit erzielt. Die Wahlbeteiligung war allerdings erschreckend niedrig. Hierfür mag teilweise das Wetter verantwortlich gewesen sein, obwohl auch dies im negativen Sinne bezeichnend wäre. Denn eigentlich sollte es für den / die demokratische/n Bürger/in gleichgültig sein, ob es am Wahlsonntag regnet, stürmt, schneit oder die Sonne scheint.

Langenhagen-Kernstadt liegt mit seinem Wahlergebnis aus CDU-Perspektive ein Stück weit unter dem Landesschnitt, hat sich aber angesichts der hier traditionell vorhandenen SPD-Dominanz gut behauptet. Vor allem hat es Emil Brockstedt trotz seiner schweren Erkrankung geschafft, diesen Wahlkreis erneut zu gewinnen. Dies lag sicherlich zum einen daran, dass er im entscheidenden Wahlmonat Januar nach seinen Möglichkeiten in den Wahlkampf eingestiegen ist und ihm zuvor in Teamarbeit viele Parteifreunde und Parteifreundinnen den Rücken freigehalten haben. Zum anderen hat er in den letzten fünf Jahren durch gute Landtagsarbeit und vielfache Präsenz im Wahlkreis ganz gewiss Punkte gesammelt, die sich jetzt ausgezahlt haben. Sein Erststimmenergebnis geht in der Kernstadt in den einzelnen Wahlbereichen hinauf bis 51,8 %, während der Gegenkandidat der SPD einen Spitzenwert von lediglich 43,3 % erzielt hat. Im Durchschnitt gingen in der Kernstadt 41,5 % der Erststimmen an unseren

Kandidaten und 37,8% an Marco Brunotte. Bei den Zweitstimmen liegt die Kernstadt bei 38,1% für die CDU und im Vergleich 32,9% für die SPD.

Zahlreiche Wahlkampfveranstaltungen haben in Langenhagen und an anderer Stelle stattgefunden. Bei den größeren Veranstaltungen, insbesondere beim Neujahrsempfang, konnten wir zahlreiche Teilnehmer begrüßen, bei den Informationsständen und im Wahlkampf per Plakat und Wahlprospekt kann die Resonanz bei den Mitgliedern ganz gewiss noch gesteigert werden. Ich kann in dieser Stelle nur meinen Appell wiederholen, dass es der Partei und damit unserer politischen Sache schon viel bringen würde, wenn jeder nur ein bisschen mitarbeitet. Die gute Nachricht ist: wer diesmal keine Zeit gefunden hat, kann in 2009 bei zwei Wahlkämpfen (Europa und Bundestag) richtig durchstarten!

Sollte es tatsächlich so gewesen sein, dass der Aufruf auch und gerade von Christian Wulff, den Wahlsieg nicht als sicher anzusehen, vielfach ungehört verhallt ist? Sollte dies der Fall sein, wäre es am 27.1.2008 gerade noch einmal gut gegangen. Dass schwarz-gelbe Mehrheiten in Deutschland heute alles andere als selbstverständlich sind, haben uns die Gegenbeispiele von Hamburg und Hessen jüngst gezeigt. Umso mehr können wir mit dem Ausgang der Landtagswahl im Sinne unseres Bundeslandes, der Region und Langenhagens zufrieden sein. Mehr Aktivität im Wahlkampf ist allerdings das Gebot, das wir ebenfalls aus diesem Wahlkampf mitnehmen.

Dr. Eckart Jakob

Zu guter Letzt

Nicht auf das, was geistreich, sondern auf das, was wahr ist, kommt es an.

Albert Schweitzer (1875-1965)

Der Ortsverbandsvorstand wünscht Ihnen eine entspannte und angenehme Frühjahrszeit. Der nächste Kurier erscheint im April.

Dr. Eckart Jakob

Marco Zacharias